



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 11./12. Mai 2021

Die erste Session der neuen Legislatur ist in vielerlei Hinsicht speziell. So gibt es zu Beginn eine Andacht, geleitet von Vertretern der drei Landeskirchen. Anschliessend gibt es viele verschiedene Ansprachen, diverses Formelles, die Vereidigungen und unzählige – meist rein formale – Wahlen. Anwesend waren insgesamt 25 neue Kantonsräte.

Viel zu diskutieren gab der sogenannte **«Pendlerabzug»**. Der Auftrag, welcher vorsieht, dass der Pendlerabzug, also die Kosten für den Arbeitsweg, zukünftig steuerlich limitiert wird, wurde von Seiten der Grünen eingereicht, war aber eigentlich nicht nur überflüssig, sondern gar ein Spiel mit dem Feuer, wenn man für das Anliegen ist. Überflüssig deshalb, weil der Regierungsrat das Thema eh schon auf dem Radar hatte. Ein Spiel mit dem Feuer, weil, hätte der Auftrag im Rat keine Mehrheit gefunden, so hätte man dadurch den Regierungsrat unnötig weiter eingeschränkt und ihm im Zusammenhang mit der laufenden Steuerrevision bei den natürlichen Personen einen Bärendienst erwiesen. So liefen im Vorfeld die Telefone heiss. Beide Lager versuchten wohl vor allem die «Neuen» zu überzeugen. Die Gegner der Vorlage haben dabei unter anderem das «Druckmittel» einer Stimmabgabe mit Namensaufruf verlangt, was in der neueren Geschichte schon länger nicht mehr vorgekommen ist. Der Hintergedanke dabei war und ist, dass das Initiativkomitee von «Jetzt si mir draa» nun der breiten Masse unter die Nase reiben kann, wer sich für eine Beschränkung des Pendlerabzuges ausgesprochen hat und deshalb aus ihrer Sicht bürgerunfreundlich politisiert.

Ich habe mich im Vorfeld aus finanzpolitischen und taktischen Gründen dezidiert für die Annahme des Auftrages ausgesprochen. Und glücklicherweise liess man sich von den oben erwähnten Einschüchterungsversuchen nicht beirren. Schlussendlich folgte die gesamte CVP/EVP-Fraktion diesem Anliegen, wodurch unsere Fraktion – wie so oft – den Ausschlag gab. Zugestimmt (mit 58 zu 38) hat der Rat damit, dass eine Limite fixiert werden soll. Wie hoch diese sein wird, wird später im Rahmen der neuen Steuervorlage festgesetzt.

Traktandiert war der Auftrag **«Sicherheit im Schulunterricht im und am Wasser»**, welcher aufgrund eines Inputs von EVP-Präsident Elia Leiser lanciert und via mich in den Kantonsrat eingebracht wurde. Da der Auftrag erfreulicherweise aber inzwischen bereits umgesetzt wurde, wurde eine Diskussion hinfällig. Es ist somit eines der löblichen Beispiele, wie Politik unaufgeregt und sachlich und unter dem Radar der Öffentlichkeit funktionieren und wie auch die kleine EVP immer mal wieder Veränderungen zum Guten auf kantonaler Ebene bewirken kann.

Ein Auftrag zum Thema **«Bewilligungsfreie Bauten»**, welcher verlangt, dass untergeordnete Bauvorhaben zukünftig einfacher erstellt werden können, wurde grossmehrheitlich angenommen. Dadurch soll die Bürokratie reduziert werden, was klar auch in meinem Sinn ist.

Gegen meine Stimme angenommen – und zwar ganz knapp mit 43:41 (bei 11 Enthaltungen) – wurde ein Volksauftrag, welcher eine Standesinitiative zur **Cannabis-Legalisierung** verlangt. Neben der Frage, ob es sinnvoll ist, wenn man Cannabis legalisiert, war vor allem über das Instrument «Standesinitiative» diskutiert worden. Grundsätzlich ist man sich nämlich einig, dass dies in aller Regel kaum etwas bewirkt, ausser zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Ein zweiter Volksauftrag, welcher **autofreie Sonntage** verlangte, wurde hingegen klar abgelehnt, da dies nicht umsetzbar ist.

In Kürze

Im Rahmen von Interpellationen diskutiert wurde über **«Elterntaxis»**, die **«Ausschaffung krimineller Ausländer»** und die **«Restkostenfinanzierung»**.

Die nächste Session findet am 29./30. Juni und 6./7. Juli 2021 statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Neu eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Unterstützung für Haushalte mit bescheidenen Einkommen»**. Der Hintergrund: Gemäss einer KOF-Studie haben vor allem die tiefen Einkommen wegen den Corona-Massnahmen am meisten gelitten. Deren Einnahmen sind im Schnitt um 20% gesunken, gleichzeitig konnten die Ausgaben aber nur um rund 8% gesenkt werden, was somit dazu führte, dass diese Haushalte auf Erspartes zurückgreifen bzw. Schulden machen mussten. Meine Anfrage zielt dahin, herauszufinden, ob die bestehenden sozialen Instrumente ausreichen, um eine (weitere) Verschuldung dieser Haushalte zu verhindern.

Beim Geschäft zum **«Pendlerabzug»** war ich Kommissionssprecher. Die beiden weiteren Geschäfte, wo ich ein Einzelvotum geplant hatte, kamen just nicht mehr an die Reihe und wurden auf die nächste Session verschoben.